



**Ina Latendorf, MdB**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Agrarpolitische Sprecherin der Fraktion  
DIE LINKE im Bundestag

## Pressemitteilung

### Ernährungsarmut in Deutschland flächendeckend bekämpfen!

Berlin, 30.08.2023

Bezug:

Anlagen:

**Ina Latendorf, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 1.823

Telefon: +49 30 227-73164

E-Mail : ina.latendorf@bundestag.de

#### **Funktionen:**

Agrarpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE

Mitglied im Ausschuss für Ernährung  
und Landwirtschaft

Mitglied im Petitionsausschuss

„Ernährungsarmut in Deutschland“ – unter diesem Titel tagen heute und morgen Fachleute beim Bundeszentrum für Ernährung. Es ist gut und dringend notwendig, dass sich die Fachwelt aus Ernährungswissenschaft, Ökonomie und Sozialpolitik mit diesem Riesenproblem beschäftigt.“, erklärt Ina Latendorf, ernährungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag.

„Ernährungsarmut ist kein Randphänomen, ganz im Gegenteil“, so Ina Latendorf weiter. „Schon 2021 und 2022 haben auch Studien des Bundestages den niederschmetternden Sachverhalt bestätigt, dass die Regelsatzberechnung der Grundsicherung für Nahrungsmittel viel zu niedrig angesetzt ist.“

Die Obfrau der LINKEN im Agrarausschuss erläutert: „Dass die Regelsätze politisch kleingerechnet werden, kritisiert DIE LINKE übereinstimmend mit Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften schon lange. Ebenso, dass es keinerlei wirksame politische Anstrengungen gibt, die Ernährungsarmut finanziell und durch bessere Aufklärung zu bekämpfen. Aber gesunde Ernährung für alle muss flächendeckend sein. Deshalb ist es wichtig, dass die Tagung aus wissenschaftlicher Sicht die Politik in die Pflicht nimmt.“

Ina Latendorf abschließend: „Die Bundesregierung ist gerade dabei, ihr selbstgestecktes Ziel, für alle Bevölkerungsgruppen eine nachhaltige und gesunde Ernährung leicht zugänglich zu machen, grandios zu verfehlen. Denn: Papier ist geduldig und nur Taten zählen. Deshalb fordert DIE LINKE nicht nur die Neuberechnung des Regelsatzes, sondern endlich auch eine bundesweite soziale Ernährungssicherheit - für alle Menschen.“